NRW
DIE FRAKTION
SPD

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter Weihnachten 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

„Kein Kind zurücklassen“ – das war das Motto, mit dem wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen 2010 für einen Regierungswechsel gewinnen konnten. Die SPD wollte Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit schaffen. Sie wollte einen Paradigmenwechsel starten – weg vom Reparaturbetrieb, hin zu einer präventiven Sozial- und Bildungspolitik. Auch wenn wir dieses Ziel bei Weitem noch nicht erreicht haben und unsere Maßnahmen zwischen 2010 und 2017 auch immer in Konkurrenz zur verfassungsrechtlich verordneten Haushaltssanierung standen, war es der richtige Weg. Und den hätten wir auch in der aktuellen Legislaturperiode fortgesetzt, wenn der/die Wähler*in uns gelassen hätte.
Dabei spielte die frühkindliche Bildung für uns immer eine übergeordnete Rolle. Wenn in frühen Jahren – also bereits in der Kita – die Grundlage für die Bildungsbiografie gelegt wird, sind die Entwicklungschancen umso höher. Die Kita ist nicht nur ein Betreuungsort, sondern eine Bildungsinstitution. Und daher setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Kita für alle Kinder beitragsfrei wird.
In der letzten Legislaturperiode hatten wir das letzte Kita-Jahr beitragsfrei gemacht, mehr Plätze geschaffen und die Betreuungsqualität und das Angebot frühkindlicher Bildung in den Kitas verbessert. Diesen Weg wollten wir nach der Wahl fortsetzen. Dazu gehörte für uns auch immer, die Gebührenfreiheit in den Kitas einzuführen. Denn die Gestaltung der Kita-Beiträge in NRW ist ungerecht und sie belastet junge Familien enorm. Mittlerweile gibt es auch mehrere Petitionen zur Abschaffung der Kita-Gebühren, die von über 135.000 Eltern unterzeichnet wurden.
In einigen Kommunen des Landes bezahlen Durchschnittsverdiener mehr als 4.000 Euro für einen Kitaplatz, während in anderen Kommunen Millionärskinder bereits von Beiträgen befreit sind. Familienminister Stamp will das Beitrags-Chaos nicht angehen, das Ministerpräsident Laschet seinerzeit als zuständiger Minister erst verursacht hat. Sie wollen es nicht sofort und sie wollen es auch nicht dann, wenn sie ihre Reform des Gesetzes angehen.

In der letzten Plenarsitzung des Jahres haben wir die Forderung mit einem Antrag (Download: bit.ly/2CjEq47) im Landtag thematisiert. Bei der namentlichen Abstimmung hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, über ihren Schatten zu springen und dieser Entlastung für hunderttausende Eltern in NRW zuzustimmen. Aber CDU und FDP fehlt schlicht und einfach der Mut, dieses drängende Problem zu lösen. Auch die Grünen wollen Kitas nicht mit Schulen und Universitäten gleichstellen und von Gebühren befreien. So bleibt die frühkindliche Bildung ein Stiefkind des Bildungssystems.
Dies ist nur ein Thema, das uns in den letzten Monaten im Landtag auf Trab hielt. Egal, ob Diesel-Wahnsinn, der Tod eines Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Kleve oder die Diskussion um die Straßenausbaubeiträge. Die SPD fühlt der Landesregierung auf den Zahn. Das war 2018 so und das wird auch 2019 nicht anders sein.
Ich wünsche Ihnen/Euch eine interessante Lektüre, vor allem aber ein besinnliches und friedliches Weihnachtsfest und viel Gesundheit im neuen Jahr.

Ihre/Eure

CDU und FDP wollen ein Zwei-Klassen System bei Straßenausbaubeiträgen

Im November hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt. Die schwarz-gelbe Koalition ist durch diese Initiative, die in der Öffentlichkeit viel Unterstützung erhielt, unter Druck geraten. Leider konnte sie sich bisher nicht dazu durchringen, unserem klaren Vorschlag zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu folgen. Die von Straßenausbaumaßnahmen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner haben oftmals existenzielle Sorgen angesichts der hohen Gebührenbescheide.

Stattdessen verabschiedeten die Koalitionsfraktionen zwei Wochen später im Landtag einen unkonkreten und halbherzigen Antrag, der den Bedürfnissen der betroffenen Menschen im Land in keiner Weise gerecht wird. Die in dem Antrag vorgegebene politische Zielsetzung vergrößert sogar noch die bereits bisher bestehende unbefriedigende Situation. CDU und FDP wollen es nämlich zukünftig den Kommunen freistellen, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Das wird dazu führen, dass reiche Städte und Gemeinden zukünftig ohne die Erhebung entsprechender Beiträge ihre Anliegerstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte und Gemeinden werden hingegen entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit teilweise hohen Beiträgen zur Kasse bitten müssen. Das ist in höchstem Maße ungerecht und führt zur Spaltung unseres Landes.

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Diese hohen Beitragsforderungen bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Dies setzt wiederum die erhebenden Kommunen zunehmend unter Druck. In den letzten Jahren ist es in diesem Zusammenhang zu einer steigenden Zahl von Rechtsbehelfsverfahren gekommen. Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen können die dargestellte Problematik der starken finanziellen Belastung von Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern nicht beseitigen. Die derzeitige Rechtslage berücksichtigt nicht die persönliche oder wirtschaftliche Situation der Bürger*innen.

Video: Der Abgeordnete Alexander Vogt erklärt, wieso wir Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen: youtu.be/Hnx8hqyP8RU
Kompakt-Info der SPD-Fraktion: bit.ly/2LmnBIt
Gesetzentwurf der SPD-Fraktion: bit.ly/2R3kb2H

Laschet legt das Land lahm

Nach Aachen, Köln und Bonn drohen nun nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen auch dem Ruhrgebiet Fahrverbote. In Gelsenkirchen sollen Diesel-Fahrzeuge die Kurt-Schumacher-Straße – eine der wichtigsten Einfallstraßen – ab Sommer nicht mehr befahren dürfen. In Essen droht sogar die Sperrung der A40 – die wichtigste Verkehrsachse im Ruhrgebiet – für Diesel-Fahrer.

Laschet legt das Land lahm. Das ist die Quittung für die Untätigkeit und Unfähigkeit der schwarz-gelben Landesregierung. Der Albtraum von hunderttausenden Pendler*innen in NRW wird wahr: Sie kommen nicht mehr zur Arbeit. In 14 nordrhein-westfälischen Städten droht ein Fahrverbot. Die Laschet-Regierung unternimmt dagegen nichts.

Das ist ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster und ein politischer Offenbarungseid für die Landesregierung, die das Problem durch Aussitzen lösen will. Die einzige konsequente Antwort ist: Nachrüsten jetzt! Die Menschen haben einen Anspruch auf Hardwarenachrüstung – und zwar kostenlos.

In einer Aktuellen Stunde haben wir im November die Landesregierung aufgefordert, den Kommunen bei der Luftreinhaltung zu helfen und den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzuzeigen, wie Fahrverbote verhindert werden können. Auch die NRWSPD hat das Thema aufgegriffen und eine Kampagne zum „Diesel-Wahnsinn“ gestartet. Bitte unterstützt diese Kampagne vor Ort.

Kompakt-Info der SPD-Fraktion: bit.ly/2ECSB6C
Kampagnenseite der NRWSPD:
www.nrwspd.de/dieselwahnsinn

Unterstütze „Stichwahl bleibt“

CDU und FDP wollen die Stichwahlen von Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen zur nächsten Kommunalwahl 2020 wieder abschaffen. Mit weniger Demokratie will sich die schwarz-gelbe Koalition mehr Macht in den Rathäusern sichern. Das ist ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie. Gegen die Pläne der Mitte-Rechts-Koalition hat die Initiative „Mehr Demokratie“ einen Online-Aufruf zur Beibehaltung der Stichwahl gestartet. Wir unterstützen die Aktion „Stichwahl bleibt“ und machen uns stark für den Erhalt der demokratischen Qualität unseres Wahlrechts. Bist Du/sind Sie auch am Erhalt der Stichwahlen in NRW interessiert? Dann unterzeichne/unterzeichnen Sie den Aufruf von Mehr Demokratie NRW unter: www.stichwahl.nrw

Kompakt-Info der SPD-Fraktion: bit.ly/2Ln1KRk

Ausschuss untersucht Todesfall in der JVA Kleve

Der Fall ist tragisch: Ein zu Unrecht inhaftierter Mensch, der sich in der Obhut des Staates befand, ist tot. Und wir wissen nach wie vor nicht, wie und warum er gestorben ist.
Dieses „Wie“ und dieses „Warum“ – das konnte die Landesregierung bislang nicht beantworten. Zusammen mit den Grünen haben wir daher einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) beantragt, der die Umstände des Vorfalls aufklären soll. Der PUA hat in der letzten Woche seine Arbeit aufgenommen.

Video-Botschaft des rechtspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Sven Wolf: bit.ly/2Er4njB

NRW ist weit entfernt von einer erfolgversprechenden Brexit-Strategie

Wussten Sie/Wusstest Du, dass NRW einen eigenen Brexit-Beauftragten hat? Nicht!? Naja, zuletzt hatte er auch etwas ganz anderes zu tun, als sich um die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen NRW und Großbritanniern zu kümmern. Er wollte nämlich CDU-Vorsitzender werden. Doch jetzt, wo sich die britische Regierung und die verbleibenden 27 EU-Staaten auf ein Abkommen verständigt haben, wäre seine Präsenz für Nordrhein-Westfalen im Vereinigten Königreich doch wichtiger denn je.

Allerdings: Welche Präsenz? Wie das Magazin Westpol herausgefunden hatte, hat das Land Nordrhein-Westfalen gar keine Repräsentanz auf der Insel. Dabei hatte die Landesregierung damit doch vollmundig geworben. Kein Büro, keine Adresse, keine Deals? Das ist offenbar für den selbst erklärten Mittelschichts-Millionär Merz nicht attraktiv genug. Auch eine Aktuelle Stunde am 29. November brachte keine Klarheit darüber, wie die Landesregierung mit dem Brexit umgehen will und welche Rolle Friedrich Merz dabei spielen soll.
Und daher war es auch gut, dass wir im Oktober eine Enquete-Kommission im Landtag eingesetzt haben, die die Folgen und Auswirkungen des Brexits für Nordrhein-Westfalen ermitteln soll. Denn auf die Landesregierung ist in dieser Sache scheinbar kein Verlass.

Beitrag im WDR-Magazin Westpol vom 25.11.2018: bit.ly/2P0Q6M7

Jede Frau, die Opfer von Gewalt wurde, muss unkompliziert ein Obdach in einer Hilfeeinrichtung finden können

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist Alltag in Deutschland. Wenige Tage vor dem Internationalen Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen am 25. November hat Bundesfamilienministerin Franziska Giffey die Kriminalstatistik zur häuslichen Gewalt veröffentlicht. Nach Fällen von Gewaltausbrüchen innerhalb der Ehe oder Partnerschaft kam es 2017 zu 138.893 Anzeigen. In 113.965 der Fälle war das Opfer eine Frau. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Etwa alle zwei bis drei Tage wird eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner getötet. Das sind Zahlen, die in ihrer Dimension erschrecken. Jede vierte Frau wird

Schätzungen zufolge im Laufe ihres Lebens Opfer einer Gewalttat, sei es durch den Partner oder durch andere Männer.
Rund um den oben genannten Gedenktag fanden im ganzen Land Aktionen und Veranstaltungen statt, um auf dieses wichtige Thema hinzuweisen und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. So habe ich am 24. November mit vielen anderen Frauenorganisationen und –verbänden an einer Veranstaltung des Gleichstellungsbüros der Stadt Dortmund teilgenommen. Dort haben wir eine Fahne der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes vor dem Dortmunder Rathaus gehisst, um auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Wenige Tage später haben wir diese Aktion auch mit dem Ausschuss für Gleichstellung und Frauen vor dem Landtag wiederholt.

Doch im Mittelpunkt stand für mich dann am 30. November die Aktuelle Stunde im Landtag zu dem Thema. Hier habe ich erneut die Position der SPD vertreten: Jede Frau, die Opfer von Gewalt wurde und Hilfe in der Not sucht, muss unkompliziert ein Obdach in einer Hilfeeinrichtung finden können. Die Realität sieht aber anders aus. Die Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen müssen jede zweite hilfesuchende Frau abweisen, weil es keine freien Plätze gibt.
Zwar hat die Landesregierung für das nächste Jahr angekündigt, mindestens 50 zusätzliche Frauenhausplätze schaffen zu wollen, aber leider reicht dies bei Weitem nicht aus. Bereits im Mai haben wir das Thema im Landtag debattiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat 2017 das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ – die sogenannte Istanbul-Konvention – unterzeichnet. Dieses definiert Ziele, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen. Dabei geht es unter anderem auch um die Frauenhausplätze. Die Konvention nennt als Ziel einen Frauenhausplatz je 10.000 Einwohnern. Dies würde für NRW bedeuten, dass wir knapp 1.800 Plätze benötigen würden. Aktuell gibt es 571 Plätze. Daher haben wir nun für die Haushaltsberatungen 2019 einen Änderungsantrag erarbeitet. Wir wollen weitere 8,5 Millionen Euro in das Hilfesystem investieren, um eine ausreichende Anzahl von Frauenhausplätzen zu finanzieren.

Auch im Dortmunder Frauenhaus, in dem ich mich vor Kurzem über deren Arbeit informierte, sollen zusätzliche Plätze entstehen. Die 13 Plätze werden um drei weitere aufgestockt. Die 13 vorhandenen Plätze für Kinder, die ihre Mütter begleiten, werden ebenfalls um weitere drei Plätze erhöht. Eine gute Maßnahme, die aber am Problem der Überbelegung – 2017 mussten 474 Frauen wieder weggeschickt werden – nicht viel ändert. Auch in Dortmund ist man vom Istanbul-Ziel weit entfernt.

Rede im Landtag: youtu.be/Qt_jIFkNeZQ
Beitrag in der WDR-Sendung Aktuelle Stunde vom 30.11.2018: bit.ly/2AIEcBi
Pressemitteilung zu den drei neuen Frauenhausplätzen in Dortmund: bit.ly/2PHoJXJ

SPD-Fraktion feiert 100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November 1918 beschloss der Rat der Volksbeauftragten unter Leitung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, dass Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Die Einführung des Frauenwahlrechts war ein Meilenstein der deutschen Geschichte, der erst dank des starken Einsatzes von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möglich wurde. Dieses Ereignis muss Selbstverpflichtung für uns sein, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik vollends herzustellen.
Mit einem Festakt hat die SPD-Fraktion dieses große Ereignis im Landtag gefeiert. Das Podium war mit Hannelore Kraft (Ministerpräsidentin a.D.), Anja Weber (Vorsitzende DGB NRW), Nadja Lüders (Generalsekretärin NRWSPD), Dr. Kerstin Wolf (Geschäftsführerin des Archivs der deutschen Frauenbewegung) und Dr. Uta Kletzing (Referentin für Geschlechter- und Familienpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung) hochkarätig besetzt. Unter meiner Moderation wurde diskutiert, welchen Stellenwert das Frauenwahlrecht vor einhundert Jahren hatte und wie sich die politische Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten noch verbessern muss.

Leider sind Frauen in diesen immer noch unterrepräsentiert. In den letzten Jahren ging ihr Anteil sogar zurück, genauso wie die Wahlbeteiligung junger Frauen. Rechtspopulistische Kreise versuchen immer mehr ein Rollenbild zu etablieren, in dem Frauen nur eine untergeordnete Rolle spielen.
Das dürfen wir nicht zulassen! Interessen von Frauen werden am besten durch Frauen vertreten. Wir müssen Frauen ermutigen, Politik nicht allein den Männern zu überlassen und sich einzumischen! Es darf nicht noch weitere 100 Jahre dauern, bis sich unsere vielfältige Gesellschaft auch in der politischen Repräsentanz von Frauen widerspiegelt. Am 30. November wurde dann im Landtag ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen debattiert, der genau dies einfordert.

Video-Botschaft zu 100 Jahren Frauenwahlrecht: youtu.be/c1g4pzpMdcI
Antrag „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – Errungenschaften verteidigen, tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern weiter stärken!": bit.ly/2QGbNqE

SPD erreicht Entschärfung des Polizeigesetzes

Der Landtag hat in der letzten Plenarsitzung des Jahres die Änderung des Polizeigesetzes beschlossen. Auch die SPD-Fraktion stimmte dem Änderungsgesetz zu, nachdem es gelang, die ursprüngliche Gesetzesinitiative der Landesregierung, für die es ohne die SPD eine Mehrheit im Landtag gegeben hätte, deutlich abzuschwächen. Dafür hatte die SPD-Fraktionsspitze seit dem Sommer konstruktiv mit den Regierungsfraktionen und der Landesregierung verhandelt.
So wurde erreicht, dass das Unterbindungsgewahrsam auf 14 Tage begrenzt wird und nur nach richterlicher Entscheidung und zur Abwehrung besonders schwerer Straftaten angewandt werden darf. Dem Betroffenen ist zudem ein anwaltlicher Beistand zu gewähren. Schließlich wurde erzielt, dass bei Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung die Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes zum Beispiel bei Geistlichen, Ärzten oder Rechtsanwälten weiterhin geschützt wird.
Ich konnte aus privaten Gründen an den Abstimmungen in Fraktion und im Plenum des Landtags nicht teilnehmen. Ich teile jedoch die Position der anderen Dortmunder Abgeordneten, die sich in der Fraktionssitzung gegen das Gesetz positioniert haben. Auch wenn es ein Kompromiss ist, der Schlimmeres verhindert, möchte ich eine solche Einschränkung freiheitlicher Grundrechte nicht mittragen. In unserem Rechtsstaat spielt die Unschuldsvermutung ein wichtige Rolle.

Diese einzuschränken und Menschen auf Verdacht hin zu inhaftieren, darf nicht toleriert werden.

Beschlossenes Änderungsgesetz: bit.ly/2SYqnq5

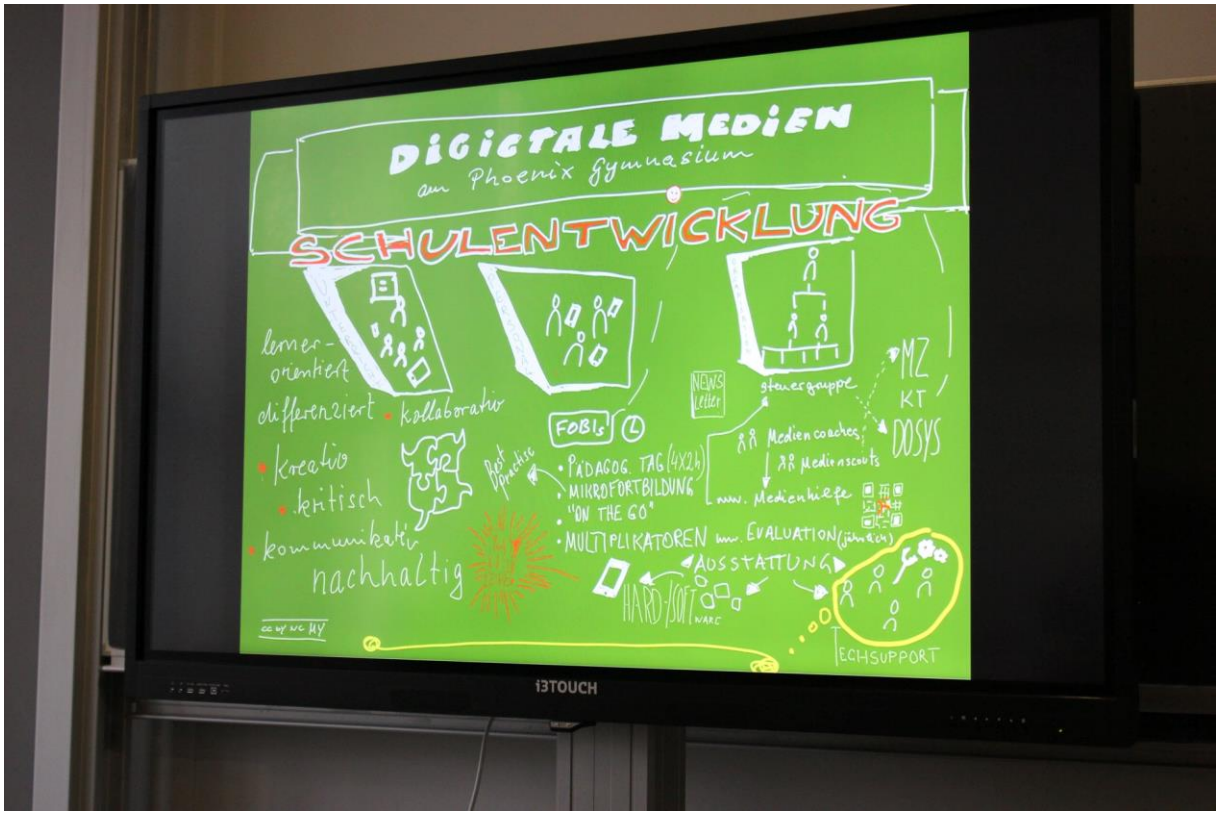
Trotz guter Arbeit setzt Sozialminister Laumann Existenz des Instituts für Gerontologie aufs Spiel

Nach unserem Besuch im Institut für Gerontologie hatten Volkan Baran, Nadja Lüders und ich eine Kleine Anfrage zu den Gründen der Streichung der Fördermittel gestellt. Die Antwort des Sozialministers Karl-Josef Laumann ist zum Kopf schütteln. Selbst der Minister bescheinigt dem Institut eine gute und wichtige Arbeit. Und die ist durchaus erfolgreich. In den letzten zehn Jahren konnte das Institut bei einer Fördersumme des Landes von 3,3 Millionen Euro über 7,6 Millionen Euro an weiteren Drittmitteln einwerben. Damit ist das Institut für Gerontologie ein starker Partner am Wissenschaftsstandort Dortmund, der einen deutlichen Mehrwert schafft. Anstatt die Arbeit des Instituts zu unterstützen, setzt der Minister dessen Existenz aufs Spiel. Denn ohne institutionelle Basis wird die erfolgreiche Arbeit des Instituts so nicht weiter möglich sein.

Pressemitteilung und Antwort auf die Kleine Anfrage: bit.ly/2EBNFPa

Dank „Gute Schule 2020“ entwickelt sich das Phoenix-Gymnasium zur digitalen Schule

Das Programm Gute Schule 2020 soll die Schulen in NRW fit für die Zukunft machen. Dafür stellt das Land zwischen 2017 und 2020 zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Das Programm, das noch von der rot-grünen Landesregierung aufgelegt wurde, zeigt erste Erfolge. Die Fördermittel für das Jahr 2017 wurden vollständig abgerufen.
Dortmund erhält 94 Millionen Euro aus dem Programm. Davon werden bis 2020 18,3 Millionen Euro in die digitale Ausstattung der Dortmunder Schulen fließen. Alle Schulen sollen flächendeckend schnelles Internet erhalten und eine moderne Ausstattung für den Unterricht.

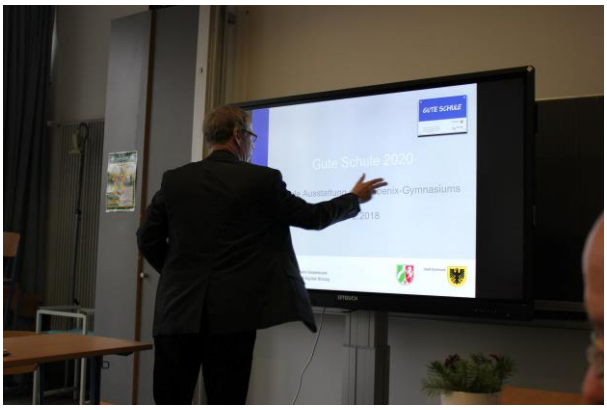


Das Phoenix-Gymnasium ist dabei Vorreiter. Für 180.000 Euro wurden Tablet-PCs, Bildschirme, digitale Klassentafeln und anderes Zubehör angeschafft. Die Schule ist flächendeckend mit schnellem Internet und W-LAN ausgestattet. Auch wenn bei weitem noch nicht alle Schüler*innen mit einem eigenen Tablet ausgestattet sind, ermöglicht die neue Ausstattung einen modernen Unterricht mit neuen didaktischen Konzepten, die die Schüler*innen auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereiten.

Ich habe bei einem Besuch im Phoenix-Gymnasium sehr engagierte Lehrkräfte kennengelernt, die die neuen Möglichkeiten mit viel Leidenschaft ausprobieren, weiterentwickeln und ihre Kolleg*innen mitnehmen. Dennoch wurde mir auch klar: Das Ganze muss vom Land begleitet werden. Lehrer*innen brauchen geeignete Fortbildungsmöglichkeiten. Sie dürfen mit der Technik nicht allein gelassen werden. Gerade ältere Kolleg*innen, die nicht zu den Digital Natives gehören, dürfen nicht abgehängt werden.

Es sind aber auch organisatorische Fragen offen. Wie werden die Geräte verwaltet, wie werden sie sicher vor Diebstahl aufbewahrt? Und wer entwickelt die didaktischen Konzepte der Zukunft? Momentan werden am Phoenix-Gymnasium diese Aufgaben durch fleißige Kolleg*innen wahrgenommen, die dies neben ihren täglichen Aufgaben erledigen.

Ich freue mich, dass wir in den Schulen neue Wege gehen. Denn der digitale Wandel kommt nicht erst morgen, sondern ist bereits Gegenwart. Oberbürgermeister Ulli Sierau, der neben Stadträtin Daniela Schneckenburger, Vertreter*innen der Stadtverwaltung, Bezirksbürgermeister Sascha Hillgeris und Ratsvertreter Bernhard Klösel am Schulbesuch ebenfalls teilnahm, machte deutlich, welche Rolle das Thema gerade in Dortmund spielt. Mit Stolz berichtete er, dass Dortmund vor kurzem zur digitalsten Stadt Deutschlands gekürt wurde.



Das liegt auch an den vielen modernen Unternehmen, die in Dortmund zu Hause sind – gerade auch in und rund um Hörde (Phoenix-See, Phoenix-West...).
Und Sierau will von den Modellprojekten nun in die Fläche gehen. Alle 155 Schulen in Dortmund sollen flächendeckend mit schnellem Internet ausgerüstet werden. Weitere Schulen sollen digital ausgestattet werden.
Über eins müssen wir uns aber auch im Klaren sein. Nach Gute Schule 2020 ist vor Gute Schule 2025. Gerade im technischen Bereich gibt es einen steten Wandel. Geräte veralten ziemlich schnell. Und wie die digitale Ausstattung stetig auf dem neues Stand gehalten wird, dazu haben wir noch keine Lösung. Da wird auch das Land weiter gefragt sein, um die Kommunen nicht mit dieser Herausforderung im Stich zu lassen.

Auftakt des Themenforums Soziales

Nach der verlorenen Bundestagswahl hat sich die SPD auf den Weg der „Erneuerung“ gemacht. Auch in Dortmund wurde beschlossen, wichtige sozialdemokratische Themen zu diskutieren. Daher fanden im Laufe des Jahres bereits Themenforen zu Bildung, Europa und Digitalisierung statt. Nun startete auch das Themenforum Soziales, das ich mit meinem Kollegen aus dem SPD-Unterbezirksvorstand Martin Schmitz organisierte.
Im Rahmen der Auftaktveranstaltung hatten wir den sozialpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Josef Neumann zu Gast. Wir haben analysiert, wieso die SPD gerade in dem

Themenbereich, der immer ihr Markenkern war, nicht mehr bei den Menschen punkten kann. Ergebnis: Die SPD hat mit der Agenda 2010 eine Politik des Misstrauens geschaffen.

Wir müssen an der Basis - in den Ortsvereinen, Stadtbezirken und Fraktionen - wieder ein Bewusstsein für die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft schaffen. Die SPD muss sich wieder mehr um die Menschen kümmern und dadurch verlorenes Vertrauen neu aufbauen. Das war das Fazit der Auftaktveranstaltung. Daran wollen wir in den nächsten Sitzungen anknüpfen. Wer daran mitarbeiten will, das soziale Gewissen der SPD wieder neu anzufachen, der meldet sich bitte bei Martin und mir: martin.schmitz@rub.de oder 0176 / 55 379 666.

Fördermittel für Klinikum Dortmund

Das Klinikum Dortmund erhält eine Förderung des Landes von insgesamt 12 Millionen Euro. Zwei Anträge wurden bewilligt. Rund 7,6 Millionen Euro sollen in die Schwerpunkte Kinderonkologie, Kinderpalliativmedizin, seltene Tumorerkrankungen und Transitionsstationen investiert werden. Weitere 4,3 Millionen Euro werden in die Schwerpunkte operative Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit seltenen Tumoren, angeborenen Fehlbildungen und anderen seltenen Erkrankungen investiert.

Opel-Anbindung: Entwarnung für Werner Feld

Auf der Opel-Brache in Langendreer soll neben dem Ersatzteillager des Automobilherstellers ein interkommunales Gewerbegebiet entstehen. Da stellt sich natürlich die Frage, wie dieses zukünftig an die Autobahn angebunden wird. Eine Option war immer eine neue Zubringerstraße über das Werner Feld zur A40-Anschlussstelle Lütgendortmund. Das sorgte für Proteste bei Werner*innen und Lütgendortmunder*innen. Es bildete sich sogar eine Bürgerinitiative, die sich für den Schutz des Grünzugs einsetzt. Die SPD-Fraktionen der Bezirksvertretungen Lütgendortmund und Bochum-West konnten nun einen ersten Teilerfolg verkünden. Eine Machbarkeitsstudie der Stadt Bochum rät von einer Anbindung über das Werner Feld ab.

Tag der Medienkompetenz: Besuch der Roboter-AG des Goethe-Gymnasiums

Im Rahmen des Tags der Medienkompetenz besuchte ich im November das Goethe-Gymnasium in Dortmund-Hörde. Die Roboter-AG der Schule nahm im Dezember an den zdi-Robot-Games

teil. Bei diesem Wettbewerb erledigte der von den Schülern selbstgebaute Roboter eigenständig Aufgaben. Schüler und Lehrer sind konzentriert und engagiert bei der Sache. Ein gutes Beispiel, wie man junge Menschen für Technik begeistern kann.

AWO und Frauenverbände im Landtag zu Besuch

Im November besuchten mich Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Frauenverbände, in der ich über viele Jahre als Vorstandsmitglied die Öffentlichkeitsarbeit organisiert habe, und Mitglieder des AWO-Ortsvereins Berghofen im Landtag. Ich habe mich sehr gefreut über diesen netten Besuch und darüber, alte Wegbegleiter*innen wiederzusehen. Auf der Besuchertribüne verfolgten meine Gäste die Debatte um die Kürzung der Landesförderung an die Wohlfahrtsverbände durch die Landesregierung, die wir erfolgreich verhindern konnten. Im Anschluss traf ich die Gruppe, um mit ihr über Diesel-Fahrverbote, die Rolle der AfD im Landtag und aktuelle Frauen- und Sozialpolitik zu diskutieren. Auch meine Kollegin Nadja Lüders kam dazu und diskutierte trotz eines vollen Terminkalenders mit.

Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Wochen war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

Besuch der Roboter-AG des Goethe-Gymnasiums anlässlich des Tags der Medienkompetenz, Besuch des Frauenhauses Dortmund, Besuch der gemeinsamen Sitzung der SPD-Bezirksvertretungsfraktionen Lütgendortmund und Bochum-Ost, Siegerehrung beim Fußballturnier von CJD und SPD OV Borussia, 10 Jahre Projekt „Paten von Organspenden“ des Bundesverbands der Organtransplantierten, Fahnenhissen anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, Mitgliederversammlung AWO OV Brackel/Neuasseln, Themenforum Soziales des SPD UB Dortmund, Grünkohlessen des SPD OV Bittermark/Lücklemberg, Jubilarehrung SPD OV Menglinghausen, Weihnachtsessen SPD OV Brünninghausen, Besuch des Phoenix-Gymnasiums, Infostand mit dem SPD OV Lütgendortmund und Jubilarehrung des AWO OV Lücklemberg.